

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

28.12.1928 (No. 303)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Carl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Verleger:
Nr. 956
und 954
Poltschellente
Karlsruhe
Nr. 9515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Spezialredakteur
E. Amen
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Rpf. — Samstag 15 Rpf. — Anzeigengebühren 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifierter Abgabe, der als Kassenschein gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Carl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abgabe von Anzeigen, die in den Anzeigen des Innern berechnet werden, ist der Anzeigenschein zu unterschreiben, der in den Anzeigen des Innern berechnet wird. Anzeigen, die in den Anzeigen des Innern berechnet werden, sind in den Anzeigen des Innern berechnet. Anzeigen, die in den Anzeigen des Innern berechnet werden, sind in den Anzeigen des Innern berechnet.

Amerika und Deutschland

Aus Chicago wird uns geschrieben:
Die kürzlich stattgehabte Feier des 10-jährigen Erinnerungstages an den Waffenstillstand macht es so recht klar, welche ein mächtiger Umschwung in der öffentlichen Meinung Amerikas Deutschland gegenüber eingetreten ist. Die Erinnerungsfest an den Waffenstillstand wird hier auch in der Kirche begangen, wobei das Innere der Episkopalkirchen neben den amerikanischen auch englische und französische Fahnen zeigte. Aber gegen Deutschland fielen weder in den Medien, noch in den Pressestimmen aus Anlaß der Feier des Kriegsendes unfreundliche Äußerungen.

Im Gegenteil: verschiedene Blätter, wie etwa die „Minneapolis Tribune“ äußerte sich auch bei dieser Gelegenheit voller Bewunderung über den überraschenden Aufschwung, den Deutschland im Laufe dieser zehn Jahre genommen habe. Unter den zahlreichen amerikanischen Stimmen, die sich im Laufe der letzten Zeit über die Stellung der Vereinigten Staaten zu Deutschland geäußert haben, verdient besondere Aufmerksamkeit die „Seattle Daily Times“, die während des Krieges eines der deutschfeindlichsten Blätter der Vereinigten Staaten war. Diese Zeitung ist eines der maßgebendsten Blätter des Nordwestens. Sie schloß ihren Artikel mit folgenden charakteristischen Ausführungen:

„Deutschland hat eine Fülle von Beweisen dafür gegeben, daß es fest für die Lehre des bleibenden Friedens eintritt. Es ist möglich, daß manche Monarchisten den Gedanken an einen neuen Krieg nicht abweisen, aber die große Masse des deutschen Volkes wünscht ihn nicht, sondern sieht darüber nach, ihre Industrien wieder aufzubauen und ihre Handelsbeziehungen wieder herzustellen.“

Die Wahl des Feldmarschalls Paul von Hindenburg zum Präsidenten der deutschen Republik vor drei Jahren gab Anlaß zu verschiedenen Mutmaßungen in den Ländern der Alliierten. Aber Präsident Hindenburg hat durch sein Beispiel und seine Verordnungen gezeigt, daß er nur den allgemeinen Frieden wünscht. Es ist eine offene Frage, ob er einst höher als militärischer Führer oder heute als Haupt der Regierung verehrt wird.

Zum 10-jährigen Jahrestage der Begründung der deutschen Republik sendet Amerika Grüße. Wir heißen die deutsche Hilfe in der Förderung der letzten amerikanischen Anstrengungen zur Verharmung des Krieges von der Erde willkommen.“

Die sympathische Stellungnahme gerade in diesem Blatte ist ein schöner Beweis dafür, wie nahe die Vereinigten Staaten und Deutschland zueinander durch den gemeinsamen Kampf gegen die in Westeuropa noch immer verbreitete Kriegespsychologie gekommen sind.

Die Lage in Afghanistan

W.D. London, 28. Dez. (Tel.) „Daily Mail“ berichtet aus Lahore: Die aufständischen Afghanen sind jetzt von den Regierungstruppen in die Kabul umgebenden Berge vertrieben worden. Ihre Verfolgung ist im Gange. Die Hauptstadt ist jetzt ruhig, die Iqal-Familie hat sich nach Kandahar begeben, um Stämme um sich zu scharen, mit denen sie Väterbanderschaft besitzt. Es wird angedeutet, daß Amanullah vielleicht zum ersten Mal aus Bagdad in Kabul eingetroffen, und ein weiteres folgt zur Beschleunigung der Abtransporte. Augenblicklich herrscht in Kabul Schneefall, der den Abflug der Maschine verhindert. Viele Personen warten noch auf ihre Abfertigung, und die Vorräte gehen zu Ende. Bei der Landung des Flugzeuges aus Bagdad soll, wie „Daily Mail“ weiter meldet, eine deutsche Frau von dem Propeller getroffen und getötet worden sein. Die britische Gesandtschaft hat unter schwerem Feuer gestanden und ihre Zimmer sind verbarrikadiert.

Einer Neutermeldung aus New Delhi zufolge, befinden sich unter den aus Kabul nach Peshawar von britischen Flugzeugen beförderten Personen die Sekretärin des deutschen Vertreters Wogen, Signora Monagani, Frau Hallett, die deutsche Frau eines türkischen Lehrers an einer Militärschule, und ihre beiden Kinder, sowie ihr Kinderfräulein, und Frau Chistene, die deutsche Frau eines Angestellten im afghanischen Kriegsministerium, und ihr Kind.

„Times“ berichtet aus Konstantinopel: Afghanische Offiziere, die zu Ausbildungszwecken der türkischen Armee beigegeben sind, sind nach Afghanistan zurückberufen worden. Ferner ist die türkische Militärmission unter Kasim Pascha, die sich auf dem Wege nach Afghanistan befand, um als Instruktor für das afghanische Heer zu dienen, angewiesen worden, in Bombay zu bleiben.

Tariffriede bei der Reichsbahn. In den letzten Tagen haben beim Eisenbahnerverband, der größten Organisation der deutschen Eisenbahner, Verhandlungen darüber stattgefunden, ob das bis zum 31. Dezember laufende Lohnabkommen gekündigt werden soll oder nicht. Nach langen Erwägungen kam man zu der Überzeugung, daß aus tatsächlichen Gründen eine Kündigung des Abkommens zur Zeit nicht empfehlenswert sei, und daß der Vorstand des Verbandes erst später entsprechende Schritte unternehmen solle.

Internationale Donauforschung. Zum Vorsitzenden der Internationalen Donauforschung für das nächste halbe Jahr wurde wieder der Vertreter von Württemberg, der bevollmächtigte Minister Dr. Albert von Kienin bestellt.

Der Schiedspruch in der Werstindustrie ist in einer Anzahl von Werstorten am Donnerstag von den Arbeitnehmern zum Teil mit großer Mehrheit abgelehnt worden. Die endgültige Entscheidung hängt aber von den Belegschaften der großen Werften ab, besonders in Hamburg und Bremen, wo erst heute, Freitag, die Abstimmung veranstaltet wird. Die Arbeitgeber werden sich gleichfalls heute äußern.

Letzte Nachrichten

Abreise Parker Gilberts nach New York

W.D. London, 28. Dez. (Tel.) Nach einer Meldung der „Times“ ist der Generalagent für die Reparationszahlungen, Parker Gilbert, am Mittwoch, aus Paris kommend, in London eingetroffen und gestern nach New York weitergefahren.

Dr. Held beim Reichspräsidenten

W.D. Berlin, 28. Dez. (Tel.) Reichspräsident von Hindenburg empfing heute den bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held.

Das Befinden des englischen Königs

W.D. London, 28. Dez. (Tel.) Wie verlautet, ist im Befinden des Königs (das sich gestern verschlechtert hat) bis heute morgen keinerlei nennenswerte Änderung eingetreten. Er hat eine durchaus ruhige Nacht verbracht.

Die lateinische Schrift in der Türkei

W.D. London, 28. Dez. (Tel.) „Daily Telegraph“ meldet aus Konstantinopel: Der Gouverneur der Stadt hat eine tägliche Zwangsmobilisierung der Bevölkerung im Alter von 16 bis 45 Jahren für Les- und Schreibstunden im neuen lateinischen Alphabet angeordnet. Der Kursus dauert vier Monate. 28 Sonder Schulen werden in der Stadt eröffnet.

Neue Zuspitzung Bolivien-Paraguay

W.D. Washington, 28. Dez. (Tel.) Nachdem die Vermittlungsbemühungen zum Stillstand gekommen sind, da man erwartet, ob Bolivien und Paraguay den vor zwei Tagen hier ausgearbeiteten Protokollentwurf annehmen, berichtet die Gesandtschaft Paraguays gestern abend, die Bolivianer hätten das Fort Ranguar dia in dem umstrittenen Gebiet wieder besetzt und ihre Truppen zwölf Meilen weiter in die Innere des Gebietes vorgeschoben und dadurch wieder eine sehr ernste Lage geschaffen. Die Gesandtschaft bemerkt, dieser Vorstoß sei ohne Gefährdung der bolivianischen Interessen erfolgt. Die Bolivianer hätten Vorteil aus dem Befehl gezogen, den die Regierung Paraguays an ihre Truppen ausgegeben hatte, alle Feindseligkeiten einzustellen.

Gine syrische Monarchie?

W.D. London, 28. Dez. (Tel.) „Daily Express“ meldet aus Paris, es verlautet, daß vorbehaltlich der Zustimmung der Mandatskommission des Völkerbundes die syrische Verfassung vielleicht geändert und das französische Mandatsgebiet Syrien in eine Monarchie umgewandelt werden würde. Die endgültige Wahl für den syrischen Thron werde wahrscheinlich auf Prinz Abil Ben Nad fallen, dessen Kandidatur jetzt in einflussreichen Kreisen in Paris erörtert werde. Abil Ben Nad ist ein Nachkomme der Omajyaden-Kalifen, seine Frau ist eine Nichte des Königs Fuad von Ägypten; er selbst ist französischer Bürger, lebt in Paris und steht im Alter von 45 Jahren.

Der Reichskanzler an Oesterreich

In einem Weihnachtsgruß an die Deutschen in Oesterreich“ des Reichskanzlers Hermann Müller, der von der Wiener „Neuen Freien Presse“ veröffentlicht wird, erklärt der Reichskanzler u. a., die einzelnen deutschen Stämme seien außer durch die deutsche Sprache und Kultur auch durch das gemeinsame Rechtsbewußtsein in einer Volkseinheit verbunden. Auch in den seit einigen Jahren stärker hervortretenden Bestrebungen zur Herbeiführung einer Rechtsangleichung müsse man einen neuen Beweis für die Anzuehnbarkeit des Zusammengehörigkeitsgefühls des deutschen Volkes im Reich und in Oesterreich sehen. Nach schweren Jahren stehe dem deutschen Volk immer noch eine schwere Zukunft bevor, deren es nur dann Herr werden könne, wenn es sich in allen großen Fragen einigt. Wenn er zu Weihnachten für das deutsche Volk einen Wunsch ausspreche, so sei es der, daß es in seiner friedlichen Aufbaubarbeit auf allen Gebieten fortfahren könne. Er glaube der Zustimmung aller Deutschen im Reich sicher zu sein, wenn er heute allen Deutschen in Oesterreich den gleichen Wunsch übermittle.

Gegen diesen sehr zurückhaltenden Artikel ziehen die Pariser nationalitätlichen Blätter mit schwerem Geschütz zu Felde. Der „Temps“ erklärt die Äußerungen Hermann Müllers als „im höchsten Grade inopportun“, denn die verantwortlichen Politiker in Deutschland müßten wissen, daß ihre Äußerungen keinerlei Aussicht auf die dafür notwendige Einstimmigkeit im Völkerbundsrat hätten, und daß die systematischen Bemühungen, die Diskussion nicht einschlagen zu lassen, schließlich nur zu einer Vergiftung der internationalen Atmosphäre führen könnten. Noch schlimmer sei der Versuch, den Zusammenstoß auf dem Wege der Verwirklichung der Rechts- und Verwaltungseinheit zu vollziehen. Diese Taktik, so schreibt der „Temps“ wörtlich, sei noch gefährlicher als „die brutale Geltendmachung des Rechts auf den Zusammenstoß selbst gegen den Buchstaben und den Geist der Verträge.“ Die Verwirklichung der Gesetzgebung, der Verwaltung, der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Institutionen sei zweifellos die geschickteste Methode, die Angleichung Oesterreichs an Deutschland vorzubereiten. Das Schlimmste aber sei, daß die zuständigen Stellen in Wien trotz einer gewissen Reserve dieses Mandat zu begünstigen schienen.

Wirtschaftliche Umschau

Erste Ausblicke — Die Last der Reparationen — Die Notwendigkeit der Kapitalbildung

Alles, was über die Lage der Reichsfinanzen bekannt wird, zeigt einen recht ernsten Ausblick auf das kommende Jahr. Staatssekretär Dr. Koppig hat kürzlich erklärt, daß Deutschland seit dem Jahr 1923 kein so ernstes Finanzjahr erlebt hat, wie es das kommende werde, und Reichsfinanzminister Dr. Hilferding hat in der letzten Reichstagsitzung in diesem Jahr bestätigt, daß im neuen Haushaltsjahr ein Defizit von 600 Millionen vorhanden sei. Zur Hälfte durch neue Steuern, zur Hälfte durch Abstriche will er diese Summe aufbringen. Es ist also an einen Steuerabbau schon gar nicht zu denken, und auch die Lohnsteuererhöhung, die ja dem einzelnen Steuerzahler wenig fühlbar wurde, die auch allein schon durch die Erhöhung der Eisenbahntarife weitgemacht ist, aber viele Millionen kostete, hätte besser nicht stattgefunden. Dazu ist die Frage des Finanzausgleichs mit den Ländern, deren Finanzlage nicht weniger gespannt ist als die des Reichs, noch völlig ungeklärt.

Die schwerste Belastung, die an Deutschland wie ein zentnerchweres Eisengewicht hängt, und das stärkste Hemmnis für eine wirtschaftliche und finanzielle Gesundung bildet, ist die mit den Reparationen. Nun haben wir vorerst jährlich 2½ Milliarden dafür aufzubringen. Der Dawesplan, der in der Hauptsache die Aufgabe hatte, die deutsche Leistungsfähigkeit zu erproben, konnte deshalb Klarheit auch nicht schaffen, da durch die Auslandsverschuldung immer neue Devisenbestände nach Deutschland kamen, die eine Transferierung der Reparationen in ausländische Währung ohne Gefährdung der deutschen Währung erleichterten. Für die Verschuldung gibt es aber eine natürliche Grenze, weshalb auch unsere Gläubiger an einer Neuregelung des Reparationsproblems interessiert sind. Freilich ist diese mit Erfolg nur möglich, wenn die Deutschland auferlegten Lasten wesentlich verringert werden. Und auch rein geschäftlich ist die Unterbringung der deutschen Schuld auf dem internationalen Kapitalmarkt, ihre Privatisierung u. Kommerzialisierung für uns und auch die andern nur denkbar, wenn eine bedeutende Herabsetzung eintritt. Käme es zu einer Endregelung, so wäre auch eine Herabsetzung der kommerzialiserten Reparationsschuld nicht mehr möglich. Schon daraus geht hervor, welche Schwierigkeiten der nun in Angriff genommenen Endregelung des Reparationsproblems allein vom Standpunkt der Volkswirtschaft, sowohl der deutschen wie derjenigen des Auslands, entgegenstehen.

Für die deutsche Wirtschaft war das vergangene Jahr eine Zeit schweren Ringens, es gab Ansätze zur Besserung, aber diese hielt nicht an, und die ernstesten Schwierigkeiten, die auch verschiedene große badische Unternehmungen trafen, zeigen den Ernst der Lage, der überall in den Geschäftsberichten zum Ausdruck kommt. Wo es gelang, die Ausfuhr zu steigern, ging es meist nur mit Preisnachlässen, die bei den beiden allgemeinen Lasten oft keine Gewinne übrigließen, sogar Verluste brachten. Überall wird die Konjunkturlage als ganz unsicher bezeichnet, Handelskammern und Verwaltungen drücken sich, wo nicht ausgesprochen pessimistisch, sehr vorsichtig aus.

Die Kapitalknappheit, hervorgerufen sowohl durch die ungeheuren Abgaben auf Reparationskonto wie überhaupt durch starke Anspannung der öffentlichen Ausgaben, verhindert den Wiederaufbau und bringt immer wieder Rückschläge. Das Problem der deutschen Wirtschaft ist die Kapitalbildung. Wir haben die individuelle Wirtschaft in Deutschland und der ganzen Kulturwelt und brauchen sie. Nur Unternehmungen, die verdienen, welche sich vom Leihkapital des Inlands und des Auslands und seinen hohen Zinssätzen in stärkerem Maße frei machen können als bisher, geben die Gewähr, daß wir wieder vorwärts kommen. Gegen diese fundamentalen Tatsachen helfen keinerlei Theorien. Auch die Lohn- und Sozialpolitik muß sich dieser Lage anpassen, Lasten wie Löhne dürfen die Kapitalbildung nicht verhindern, andernfalls schaden sie der Gesamtwirtschaft, Unternehmern wie Arbeitern. Die Kapitalbildung hemmen und verhindern heißt Ausichten auf künftige Besserung augenblicklichen Vorteilen sozialer Art opfern.

Groß und klein, Stadt und Land klagen über den Druck der Abgaben und Zinsen. Der Landwirt führt für bessere Bezahlung seiner Arbeit und die Ausnutzung der ihm überkommenen Produktionsanlagen

ebenfalls einen sozialen Kampf wie der Arbeitnehmer. Die Schwierigkeiten, die sich in Krisenereignissen der Landwirtschaft, Lohnkonflikten, Stilllegungen, Zusammenbrüchen größerer und kleinerer Unternehmungen ausdrücken, haben in erster Linie die hier kurz aufgezählten Hauptgründe. Das Mittel, sich mit Aufnahme von Auslandskapital zu helfen, kann nicht ins Endlose angewendet werden. Man schätzt die Verschuldung aus Ausland jetzt auf 12 1/2 Milliarden gegen 9 Milliarden Ende des Vorjahres. Schon seit längerem hat ja eine Stokung in der Zufuhr von Auslandsgeldern eingesetzt. Die lange heftig erörterte Streitfrage, in welchem Maß Auslandskredite heringekommen werden dürften, ist bereits vom geldgünstigen Ausland, vor allem Amerika, selbst entschieden worden. Während langfristige Kredite immer schwerer zu erhalten waren, wächst die kurzfristige Verschuldung aus Ausland, die natürlich in kritischen Augenblicken schwere Gefahren mit sich bringen muß, nicht nur für die privaten Schuldner, sondern auch für die Reichsbank, ihren Devisenbestand und den Geldumlauf, die Höhe des Diskonts und der Zinsen.

Gegenwärtig befinden wir uns in einer Periode ausgesprochenen Konjunkturrückganges, der mit dem Zeitpunkt einsetzte, als die Auslandskredite spärlicher zu fließen begannen. Der Rückgang der Konjunktur wird aus den neuesten Ziffern der Handelsbilanz für November ebenfalls ersichtlich wie aus Berichten der großen Unternehmungen über Rückgänge des Absatzes im Inland. Das Ansteigen der Arbeitslosigkeit, in dem gleichfalls der Konjunkturrückgang, auch wenn man die saisonmäßigen Erscheinungen in Abzug bringt, deutlich zum Ausdruck kommt, ist sichtlich noch nicht abgeschlossen. In Südwestdeutschland steht die Zahl der Arbeitslosen bereits erheblich über dem Niveau des Vorjahres. Verkürzungen und Stilllegungen häufen sich. An Warnungssignalen, die Illusionen für das kommende Jahr nicht aufkommen lassen, fehlt es wahrlich nicht. **

Ein sozialdemokratisches Wehrprogramm

Die sozialdemokratische Kommission zur Prüfung des Wehrproblems, die der Parteivorstand eingesetzt hat, veröffentlicht das Ergebnis ihrer Arbeit. Es heißt in dem Wehrprogramm:

Die sozialdemokratische Partei Deutschlands verwirft den Krieg als Mittel der Politik. Als Mitglied der sozialistischen Arbeiterinternationale kämpft die sozialdemokratische Partei für völlige Abrüstung durch internationales Abkommen. Die Abrüstung wird nur dann dem Frieden dienen, wenn sie nicht eine einseitige Verpflichtung ist, wie sie den Besiegten des Weltkrieges durch die Sieger auferlegt wurde. Der deutschen Republik ist die historische Mission zugefallen, Vorkämpferin der internationalen Abrüstung zu sein. Diese Mission kann sie nur dann erfüllen, wenn sie die ihr aufgezwungenen einseitigen Abrüstungsbeschränkungen nicht übersteht. Eine Verpflichtung der deutschen Republik, die ihr auferlegten Abrüstungsbestimmungen ohne Rücksicht auf ihre politische und militärische Zweckmäßigkeit auszuführen, erkennt die sozialdemokratische Partei Deutschlands nicht an.

Noch droht die Machtpolitik imperialistischer und faschistischer Staaten mit kontrerevolutionären Interventionen und neuen Kriegen. Solange diese Gefahr besteht, ist die deutsche Republik genötigt, zum Schutze der Selbstbestimmung ihres Volkes seine Wehrmacht aufrechtzuerhalten. Die Wehrmacht kann ihre Aufgabe nur erfüllen, wenn sie in ihrem Denken und Fühlen mit dem Volke verbunden ist und sich als dienendes Glied in die demokratische Republik einordnet.

Um die Wehrmacht in diesem Sinne zu gestalten, stellt die sozialdemokratische Partei insbesondere folgende Forderungen: Kontrolle des Reichstages über alle Verträge der Heeresverwaltung. Keine Subvention an Privatfirmen, die mittelbar oder unmittelbar illegalen Rüstungen dienen. Verbot der Bestrafungen von Veröffentlichungen gegenüber illegalen Rüstungen. Gesetzliche Bestimmungen zur Sicherung einer unparteiischen Rekrutierung. Beseitigung des Bildungsprivilegs für das Offizierskorps. Sicherung der staatsbürgerlichen Rechte der Soldaten. Schutz der Rechte der Soldaten durch eine von ihnen gewählte Personalvertretung. Demokratisierung des Disziplinarrechts und Militärstrafrechts. Republikanische Lehrkräfte und Lehrbücher beim Unterricht. Verbot der Verwendung militärischer Kräfte bei Konflikten zwischen Kapital und Arbeit.

In dem Programm heißt es dann noch: „Die sozialdemokratische Partei fordert die Neufestsetzung des Völkerrechts im Sinne der Humanität. Insbesondere fordert sie Verbot des Gaskrieges und der Verwendung von Bakterien zur Kriegsführung.“

In sächsischen Transportgewerbe haben die Arbeitnehmer in den Großstädten Vorbereitungen für die Arbeitsniederlegung am 2. Januar getroffen.

Die Amerikafahrt des „Graf Zeppelin“ als Weltrekord. Nach einer Mitteilung des deutschen Luftrates hat die Fédération Aéronautique Internationale (F.A.I.) jetzt die Niederreise des Luftschiffes „Graf Zeppelin“ von Lachapur nach Friedrichshafen in der Zeit vom 29. Oktober bis 1. November d. J. mit einer Entfernung von 6384,500 Kilometer als Weltrekord der Klasse B (Luftschiffe) anerkannt.

Der russische Vorkommissar für Auswärtiges, Tschitscherin, wird sich, wie von zuständiger russischer Seite in Berlin mitgeteilt wird, noch längere Zeit ausschließlich zur Kur in Deutschland, wo er gegenwärtig weilte, aufhalten. Geschäftliche Besprechungen und Begegnungen sind also zunächst nicht vorzusehen.

Das psychiatrische Gutachten über Kloss. Die drei medizinischen Sachverständigen, die den wegen Betrugs und Wechselstücheln verhafteten ehemaligen französischen Minister Kloss auf seinen Geisteszustand untersucht haben, stellen in ihrem Bericht an den Untersuchungsrichter fest, daß Kloss keine Anzeichen einer Geisteskrankheit aufweise und für die ihm zur Last gelegten Handlungen vollkommen verantwortlich sei.

Geburtenstatistik in Frankreich. Nach einer amtlichen Statistik beläuft sich in Frankreich im 3. Vierteljahr 1928 die Zahl der Lebendgeburten auf 184 251 (im Jahre 1927 184 745), die der Sterbefälle auf 156 223 (im Jahre 1927 130 807). Der Geburtenüberschuß im 3. Vierteljahr 1928 beträgt also 28 028 gegenüber 47 878 im Jahre 1927.

Wertschöpfungs Expedition, deren Kosten auf eine Million Dollar veranschlagt werden, nähert sich dem als Hauptbasis gewählten Ort an der Balfischbai. Der amerikanische Marinefretär erhielt einen Funkspruch über die Ankunft der Expedition an der großen Rossbarriere am Weihnachtstage.

hetze gegen das Elsaß

Das Attentat gegen den ehemaligen Staatsanwalt in Colmar, Fajot, der sich übrigens jetzt außer Gefahr befindet, wird von der Pariser Presse aller Parteien zu einer Heftkampagne gegen das Elsaß ausgenützt. Die Regierung wird zu den schärfsten Vergeltungsmahnen aufgefordert.

Abbe Gaehn, dem man in Paris die moralische Verantwortung für das Attentat in die Schuhe zu schieben versucht, wird mit Drohbrieffen überschwemmt. Er hat in seinem Blatt, dem „Elsässischen Kurier“, gegen die Verleumdungskampagne protestiert, die er ungeschminkt als das Werk der französischen Regierung bezeichnet. An zuständiger Stelle, so erklärt er, scheint man die Gelegenheit benutzen zu wollen, ihn selbst unschuldig zu machen und damit der autonomistischen Bewegung den Todesstoß zu geben. Diese Spekulation sei jedoch falsch. Das elsässische Volk lehne es ab, sich mit dem Attentäter, dessen Tat es auf das schärfste mißbilligt, solidarisch zu erklären, und wenn man in Paris glaube, aus dem Vordansatzlag den Führern der autonomistischen Bewegung einen Strich drehen zu können, so täusche man sich darin sehr gründlich.

Vor dem Untersuchungsrichter gab der Attentäter George Benoit am Donnerstag an, er habe durch die Lektüre dessen, was in den elsässischen Zeitungen in deutscher Sprache und in den Pariser Zeitungen über den Colmarer Prozeß berichtet wurde, die Überzeugung gewonnen, daß der Colmarer Prozeß in allen Stücken erfunden und ungerecht sei. Darin sei er noch dadurch bestärkt worden, daß Senator Helmar Staatsanwalt Fajot in Briefen, die veröffentlicht wurden, als einen unehrlichen Menschen hinstellte, der in Sequenzschiebungen der elsässischen Maligraben verwickelt sei. Alles dies habe ihn zu der vorerwähnten Idee bewegen, auf Fajot zu schießen. Er habe eine fixe Idee gehabt, der er nicht habe widerstehen können. Er sei ein gläubiger Katholik und habe noch im Treppenhause gebetet, daß er Fajot nicht töte. Er gehöre zu seiner Gruppe, habe niemals Politik betrieben und nur nach Rückkehr von Riklin und Koffe nach ihrer Begnadigung Ende Juli oder Anfang August nach Strazburg an einer Kundgebung teilgenommen. Er habe von seinem Plan zu niemandem gesprochen. Er bedauere seine Tat jetzt sehr.

W.D. Paris, 28. Dez. Dem „Matin“ wird aus Nancy gemeldet, daß höchstwahrscheinlich das Schwurgericht des Departements Meurthe-et-Moselle, d. h. dasjenige in Nancy, mit dem Fall des Dr. Noos befaßt werden wird. Aber diese Überweisung würde die Eröffnung einer ganz neuen gerichtlichen Voruntersuchung notwendig machen.

Die Kosten des Volksbegehrens

Das letzte Volksbegehren über das „Panzerkreuzerverbot“ hat wiederum recht erhebliche Kosten verursacht. Die zunächst von den Gemeinden aufzubewerkende Summe betrug 200 000 Franc, die jedoch auf Grund des Gesetzes über den Volksentscheid vermindert, den Gemeinden einen Teil der Kosten des Eintragungsverfahrens beim Volksbegehren zu ersetzen, und zwar für jeden Stimmberechtigten einen Franken, nach Gemeindegrößen abgestuften Betrag, der so berechnet wird, daß mit ihm durchschnittlich vier Fünftel der entstandenen Kosten gedeckt werden. Der Reichsminister des Innern hat demgemäß mit Zustimmung des Reichsrats den jeder Gemeinde zu entrichtenden Betrag auf vier Fünftel des tatsächlichen Aufwandes jeder Gemeinde festgesetzt. Damit die Gemeinden möglichst bald in den Besitz dieser Beträge gelangen, sollen sie bei der zuständigen Kommunalaufrichtsbehörde nunmehr sofort die tatsächlich erwachsenen Ausgaben unter Vorlegung von Belegen anmelden. In den ersatzfähigen Ausgaben gehören: die Kosten der Bekanntmachungen (Plakate, Inserate), die Kosten für Anmietung von Eintragungsräumen oder, soweit gemeindliche Räume benutzt worden sind, die außerordentlichen Reinigungs-, Beleuchtungs- und Heizungskosten, sowie etwaige, durch die Benutzung gemeindlicher Räume als Eintragungsräume der Gemeinde entgangene Gewinne, ferner Reisekosten der Gemeindevorsteher für Dienstreisen zwecks Unterrichtung über die zu treffenden Maßnahmen, sofern die Reise von der unteren Verwaltungsbehörde ausdrücklich angeordnet war, außerdem die Vergütungen für besonders angenehme Hilfskräfte und die verausgabten Postgebühren.

Die Kommunalaufrichtsbehörden prüfen die Anmeldungen, setzen die zu zahlenden Beträge fest und zahlen sie an die Gemeinden aus. Das Reichsministerium des Innern stellt vorläufig den Landesregierungen zur Bezahlung der Beträge Vorkasse in Höhe von 40 Prozent der beim Volksbegehren über die Fürstentragung endgültig gezahlten Beträge zur Verfügung. Die Vorkasse sollen in den ersten Tagen des Dezembers durch die Reichshauptkasse an die Landesregierungen überwiesen werden.

Die Anmeldungen der Gemeinden über ihre Kostenaufwendungen bei den Kommunalaufrichtsbehörden müssen innerhalb einer Auschlussfrist erfolgen. Nachträgliche Anforderungen werden nicht berücksichtigt. Eine Kostenersatzung an Gemeinden, in denen Eintragungslisten nicht ausgelegt worden sind, kommt nicht in Frage.

Aufregende Verbrecherjagd

In Dimas wurde am hellen Tag in einer der belebtesten Straßen ein Einbrecher bei der Arbeit überrascht. Als Polizei erschien, stürzte der Einbrecher durch die belebtesten Straßen, unangeseht aus seinem Revolver feuern, und lief schließlich in ein Haus, wo er sich im dritten Stockwerk in einer Privatwohnung verbarrikadierte. Von dort entfloh er wieder durch Fenster und über Dächer und wurde schließlich auf der Straße niedergebissen. Es handelt sich um den gefährlichen ungarischen Räuber Joseph Schwarz. Bei dem von ihm berühten Einbruch hatte Schwarz 3000 Kronen geraubt.

Die Influenza-Epidemie in Amerika

W.D. Washington, 28. Dez. (Tel.) Das amtliche Zensurbureau meldet: In der am 22. abgelautenen Woche waren in 58 Städten 710 Todesfälle infolge Influenza zu verzeichnen, während sich in der Vormoche die Zahl der Todesfälle in 62 Städten auf 475 belief. Die Neuerkrankungen an Influenza während der vergangenen Woche werden auf 1 1/2 Millionen geschätzt. Die Zahl der Todesfälle, die auf Lungenerkrankung zurückzuführen sind, hat ebenfalls stark zugenommen. Das Gesundheitsamt von Harrisburg (Pennsylvanien) erklärte, die Influenzazerkrankungen hätten besonders in den Ortschaften entlang der Pennsylvania-Eisenbahn den Charakter einer bösartigen Epidemie angenommen.

Hiefenbetrug in Paris

W.D. Paris, 28. Dez. (Tel.) Die Polizei sucht gegenwärtig einen gewissen Pierre Gaud, der ein Bankgeschäft aufgemacht hatte und nun verschwunden ist, nachdem er seine Klienten um fast 600 000 Franken betrogen hatte. Gaud hatte Schreiben in die Provinz geschickt, in denen er die Später aufforderte, ihm ihre Ersparnisse anzuberkommen, damit er sie nutzbringend anlege.

Badischer Teil

Verkehrsinteressen des Hochschwarzwaldes und Ostbadens

Einer Einladung des Bürgermeisteramts Billingen folgend, traten, wie schon kurz gemeldet, kürzlich in Billingen die Vertreter der Städte und Gemeinden aus dem Einzugsgebiet der Schwarzwaldbahn, aus der Saar und Ostbaden zu einer gut besetzten Besprechung zusammen, die sich an Hand der im Verkehr mit der Schweiz auf dem Weg über Schaffhausen entstandenen Lagen mit den Verkehrsfragen des Hoch- und Ostschwarzwaldes befaßte, vor allem unter dem Gesichtswinkel der internationalen Verkehrsbeziehungen. Es wird uns darüber geschrieben:

Bürgermeister Gremmelshäuser (Billingen) begrüßte die Erschienenen, unter ihnen als Vertreter des Bezirksamts Regierungsrat Kämpfer, der Handelskammer Billingen Syndikus Dr. Jordan (Billingen), des Handelsamts Billingen Syndikus Dr. Schumann (Billingen), des Vereins der Schwarzwälder Gasthofbesitzer Hotelier Buri (Donauwiesingen) und den Vertreter der Reichsbahn. Er wies auf die Verkehrserschwernde des Hoch- und Ostschwarzwaldes hin, und stellte als geladenen Referenten Geometer Waldbogel (Stetten), den Bearbeiter des Viberthalbahnprojekts und Kenner der einschlägigen Verhältnisse, vor.

Herr Waldbogel erläuterte die Sachlage, wie sie sich heute mit der Wiederbelebung des Hegaubahnprojekts ergeben hat, nachdem das Randbahnkomitee auf die Verfolgung dieses Projektes verzichtet hat. In der letzten Zeit hat nach außen die Frage dieser Bahnprojekte, die einer Begünstigung vom Schwarzwald und Nedar nach Schaffhausen—Jülich dienen sollen, nicht die Beachtung gefunden, die sie durch die Neubearbeitung des Viberthalprojekts verdient hätte. Diese Neubearbeitung bringt im Entlang mit den Bedingungen der Reichsbahn eine Steigerung von 1:80, wodurch der Vorpann oder Nachschub für die Schnellzüge wegfällt. Die Trasseentwicklung wird damit von 18 auf 22 Kilometer steigen, wobei an der Vorkursif eines Minimalradius von 500 Meter festgehalten ist. Die Steigung auf der deutschen Seite ist danach 10 Promille, auf der schweizerischen 12 bis 12,5 Promille, was den Forderungen der Reichsbahn entspricht. In dieser Richtung steht das Viberthalprojekt, das noch gar nicht geprüft ist, vorteilhafter als die Hegaubahn da, die bei Wahrnehmung der Vorkursif der Reichsbahn viel kostspielige Längenerweiterungen und Böhungen verlangt. Die Viberthalbahn wäre auch virtuell 9 Kilometer kürzer als die Hegaubahn, für die Strecke Schaffhausen—Züllingen berechnet; für Schaffhausen—Donauwiesingen wären es sogar 19 Kilometer. Auch wird das Viberthalprojekt dem doppelten Zweck gerecht, in beiden Richtungen nach Norden namhafte Verkürzungen zu bringen.

In der Aussprache gibt Bürgermeister Fischer (Donauwiesingen) vergleichende Zahlen über die Kosten der verschiedenen Projekte, die beim Randbahnprojekt so wohl viel zu hoch geschätzt worden sind. Die Randbahn hätte eine Fahrt Schaffhausen—Donauwiesingen in 28 Minuten erlaubt. Die Schweizer Interessenten hätten sich auf die Hegaubahn schließlich verständigt, weil sie der Unentschiedenheit der deutschen zuständigen Stellen hinsichtlich der Randbahn, die früher Schweizer Unterstützung gehabt hätte, müde geworden seien. Jetzt komme an Stelle der Randbahn die gleichlaufende Kraftpost, die zwischen Donauwiesingen und Blumberg an der Linie Waldshut—Zimmendingen bereits verkehre und nächsten Sommer wohl nun bis Schaffhausen durchgebracht werde.

Bürgermeister Jädle (Zimmendingen) erinnert an die früheren Besprechungen in Zimmendingen über die Viberthalbahn, die damals von schwäbischer Seite viel mehr Interesse gefunden hätte als von badischer Seite.

Herr Romberg (Triberg) verweist darauf, daß an Hand der Entwicklung von heute die Frage nicht mehr im Vordergrund stehe, ob nun diese oder jene Verkürzungslinie gebaut werden würde, sondern daß es sich darum handle, auf einer großen Linie die Verkehrsbelange des Schwarzwaldes wahrzunehmen, gleichviel welchen Namen ein Bahnprojekt führe. Überreife Schritte könnten heute von nachteiliger Wirkung sein und in diesen wichtigen und subtilen Fragen leicht die Zusammenarbeit erschweren, die über weite Strecken nötig sei. Die moderne Verkehrsentwicklung, das Tempo vor allem, verlange, weit über örtliche Belange, auch über regionale hinaus, aufzuhauen und auch die politische Grenze nicht mehr als Grenze anzuerkennen. Der Wille zu einer Zusammenarbeit sei auch südlich, des Rheins durchaus vorhanden und stelle einen wertvollen positiven Faktor dar. Auch eine Hegaubahn könne Nutzen für den Schwarzwald bringen, sofern man sich bei ihrer Ausführung vor den Unerlöblichkeiten des sogenannten „verbesserten“ Projektes vorbehe, das enorme Kosten verursache, weite künstliche Linienführung und nicht weniger als 9 Tunnel verlange, außerdem durch einen zweiten Bahnhof in Engen eine unnötige Parallelführung mit sich bringe.

Herr Birk (Schwenningen) stimmte dem Vordredner zu. Sollte es zur Ausführung einer Hegaubahn kommen wollen, so könnte dann immer noch der Wert der Nutzen auch einer anderen Trassierung ins Feld geführt werden.

Herr Dr. Jordan (Billingen) begrüßt die Klärung der Gesichtspunkte und stimmt dem Vordredner bei, daß man später noch Vorschläge machen könnte. Allerdings befürchtet er, daß später etwa der Schwarzwald zu den Schnellzügen Stuttgart—Jülich nur Personenzugzufahrt haben würde. — Dem hält Herr Romberg entgegen, daß ja die Arbeit der letzten Jahre gerade der Verknüpfung der beiderseitigen Schnellzüge gese, was zu 75 Prozent auch erreicht sei. Komme ein späterer Schnellbahnhof in Engen, so müsse dieser als Austauschplatz angestrebt werden. Er betont, daß heute die Frage, ob Hegaubahn, ob Viberthalbahn oder sonst eine, angesichts der großen Verkehrsleitungsfragen Holland—Aheim—Schwarzwald—Bodensee—Schweiz nur noch beinahe örtliche Bedeutung habe. Wachsen müsse man viel mehr auf die Gefahr der Verkehrsableitung ostwärts schon vom badischen Unterland aus sein.

Herr Waldbogel würde die Möglichkeit begrüßen, wenn die verschiedenen Projekte von einer wirklich neutralen Stelle geprüft werden könnten.

Nachdem noch kurz die Herren Dr. Jordan, Buri, Bürgermeister Gremmelshäuser gesprochen, wird die bestehende „Interessengemeinschaft Schwarzwaldbahn-Bodensee-Aheimfall“ untersucht, die Angelegenheit in engeren Kreise weiter zu behandeln, und folgendes Ergebnis der Besprechung formuliert:

Die Bürgermeister der Städte und Gemeinden Donauwiesingen, Haslach, Hausach, Hornberg, Zimmendingen, St. Georgen, Schwenningen, Triberg und Billingen, die Handelskammer Billingen und der Verein Schwarzwälder Gasthofbesitzer beauftragen in ihrer Versammlung vom 18. Dezember 1928 in Billingen, bei der das Bezirksamt Billingen und das Handelsamt Billingen vertreten waren, die „Interessengemeinschaft Schwarzwaldbahn-Bodensee-Aheimfall“, beim badischen Landtag und den weiteren zuständigen Behörden mit allem Nachdruck dahin vorstellig zu werden, daß die Schwarzwaldbahn in ihrer Bedeutung für den internationalen

nalen Durcwgangsverkehr gefordert und nicht durch andere Projekte beeinträchtigt und hintangeseht wird. Es herrscht die Überzeugung, daß alle maßgebenden Stellen sich diesem berechtigten Wunsch nicht verschließen können, nachdem der Badische Landtag in seiner Entschlußung vom 10. Juli 1927 sich bereits in gleichem Sinne einmütig geäußert hat.

Radbruch nach Hamburg berufen

Der ehemalige Reichsjustizminister Prof. Dr. Radbruch hat einen Ruf nach Hamburg auf den Lehrstuhl für Strafrecht als Nachfolger für den verstorbenen Professor Liebmann erhalten.

Die Städte zu den Fürsorge- und Wohnungsverbänden

Kürzlich wurde im Badischen Landtag eingehend die Frage einer Neuordnung des badischen Wohlfahrtswesens erörtert. Anlaß gab ein Gesuch des Verbandes badischer Gemeinden wegen Übertragung der gebobenen Fürsorge an die Gemeinden, wie wohl erinnerlich, wurde mit Mehrheit eine volksparteiliche Entschlußung angenommen, in der die Regierung ersucht wird, diese Frage einer Prüfung zu unterziehen.

Netzt hat nach einer Zuschrift auch der Badische Städtebund sich mit einer Eingabe an das Ministerium des Innern gewandt, in der dieser sich gegen die Haltung und Absichten der Wohnungs- und Fürsorgeverbände ausspricht. Es wird Beschwerde geführt, daß die Verbände vornehmlich ihrer Stellung als Leiter kommunaler Selbstverwaltungskörperschaften nicht in der gebobenen Weise Rechnung tragen und den Verbändenmitgliedern (den Gemeinden) vielfach in einer Form gegenüberstehen, die sich von ihrer Tätigkeit als Staatsaufsichtsbeamte nicht wesentlich unterscheidet. Es erscheine nicht angängig, daß, nachdem sämtliche Gemeinden des Landes sich für eine Übertragung der gebobenen Fürsorge an sie ausgesprochen hätten, diese Verbände den entgegengegesetzten Standpunkt einnehmen. Auch gegen die beabsichtigte Abhaltung von Hauptversammlungen wendet sich der Bund, da diese einen sachlich nicht begründeten Kostenaufwand verursachen würden, der überdies von den Gemeinden wiederum zu leisten sei. Der Städtebund bittet die Regierung, unabhängig von der beabsichtigten Reform nachdrücklich darauf hinzuwirken, daß die Leitung der Verbände auch in ihrer derzeitigen Form den Gesichtspunkten der Selbstverwaltung entsprechend erfolgt, und daß die zu einer Kostenbelastung der Gemeinden führenden Absichten der Verbände nicht weiter verfolgt werden.

Vom Reichsbund der Kriegsbekämpften, Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen wurde an die badische Regierung und den Badischen Landtag eine Eingabe gerichtet, in der gegen die in der Sitzung des Landtags vom 4. Dezember d. J. von einer Mehrheit zu erkennen gegebene Absicht protestiert wird, die gebobene Fürsorge an die Gemeinden zu übertragen. Die Vertretung dieser Absicht würde unzweifelhaft einer Überlieferung der unter die gebobene Fürsorge fallenden Fürsorgeberechtigten an die Armenfürsorge gleichkommen. Der Gau Baden des Reichsbundes beharrt auf seinem am 10. Februar dem Badischen Landtag unterbreiteten Forderungen, wobei er den grundsätzlichen Standpunkt, daß die Kriegsoberfürsorge wieder, wie vor dem 1. April 1924, vom Reiche zu übernehmen sei, nicht aufgibt.

Der deutsche Weinbau ehrt seinen Förderer Bronner

Die Gesellschaft für Geschichte und Literatur der Landwirtschaft (Eich Weimar) hat an dem Geschäftsaufbau von Carl Bender gegenüber der Stadtparkstraße in Wiesloch eine Gedenktafel zu Ehren Philipps Bronners anbringen lassen, die kürzlich durch eine feierliche Feier enthüllt wurde. Es ist eine Bronzeplatte deren Inschrift lautet: Dem Andenken des verdienstvollen Forschers und Schriftstellers des Weinbaues und der Rebentunde Johann Philipp Bronner in Wiesloch geb. 11. 1. 1792. Gest. 4. 12. 1864. In den Ansprachen des Geh. Rats Dr. von Baffermann-Jordan aus Deidesheim als Vertreter der Gesellschaft, ferner des Vorsitzenden des Badischen Weinbauverbandes Dr. K. Müller, Karlsruhe, und des Bürgermeisters Dr. Gröppler, wie auch des Landrats Baumann, der die Badische Regierung vertrat, fand die hohe Wertschätzung und Bedeutung Bronners herbeiden Ausdruck.

Besuch der Universität Heidelberg

Die Universität Heidelberg wird im Winterhalbjahr 1928/29 von 2828 Studierenden besucht (Zunahme gegen das letzte Winterhalbjahr 239). Dazu kommen noch 258 Hörer. Die Zahl der weiblichen Studierenden beträgt 481.

Wandertag an den höheren Schulen

Wie wir erfahren, hat das Ministerium des Kultus und Unterrichts an die Direktionen der höheren Schulen einen Erlaß gerichtet, wonach von jetzt an jedes Tertial ein Wandertag veranstaltet werden kann. Ausdrücklich wird dabei bemerkt, daß ein Zwang nicht ausgeübt werden darf. Schüler, die sich nicht an dem Wandertag ihrer Klasse beteiligen, sind Parallellassen zuzurechnen oder sonst in geeigneter Weise zu beschäftigen. Es ist besonders darauf zu achten, daß den Eltern keine großen Ausgaben erwachsen. Zweckmäßig kann mit der Wandertag auch eine Besichtigung von Kunstdenkmälern, historisch interessanter Orte usw. verbunden werden.

Der Reiseverkehr an den Weihnachtstagen in Baden

Die Wintersportsonderzüge waren durchweg gut besetzt. Am zweiten Feiertage war der Rückstrom so stark, daß der Personenzug 554 von Würzburg doppelt, Zug 999 von Freiburg nach Konstanz sogar vierfach gefahren werden mußte. Der nahe Ausflugsverkehr war an beiden Tagen unbedeutend. Vom 22.-26. Dezember wurden 44 Sonderzüge gefahren. Der Verkehr wickelte sich im allgemeinen glatt ab, doch waren die Fernzüge infolge der Witterungsverhältnisse teilweise stark verspätet.

Die Versteigerung zu früh durchgeführt. Vor dem Bezirksrat Staufen (bei Müllheim) stand ein interessanter Rechtsfall zur Entscheidung. Die Landgemeinde Bollschweil hatte in diesem Späthjahr eine Gemeindegasse versteigert, wobei der leitende Gemeindebeamte die Uhr um eine Viertelstunde vorzuschalten, auf diese Weise einheimischen Wemern zuzuschlagen, auf diese Weise einheimischen Wemern zuzuschlagen. Die draußen vor der Türe Wartenden konnten, als sie zur festgesetzten Stunde das Lokal betraten, nur erfahren, daß die Jagd bereits versteigert war. Der Bezirksrat erklärte jetzt die Jagdverpachtung für ungültig und erklärte, daß eine neue Versteigerung vorgenommen werden müsse.

Aus der Landeshauptstadt

Neue Große Karnevalsgesellschaft Karlsruhe

Karlsruhe hat nun, wie bekannt, auch wieder eine Karnevalsgesellschaft erhalten, wie sie in früheren Jahren mit gutem Erfolge nicht allein für die Ordnung des karnevalistischen Lebens in der Landeshauptstadt, sondern vor allen Dingen auch für die Befruchtung des Verkehrslebens und damit zwangsläufig auch des Wirtschaftslebens der Stadt mit gutem Erfolge bestand. Mit Recht ist am Ende der Faschingszeit 1928 in der Presse bemängelt worden, daß das wilde Faschingsstreben auf der Straße dem Ansehen der Landeshauptstadt nicht entspricht und daß schon aus erzieherischen Gründen in Karlsruhe wieder das möglich sein müßte, was in anderen großen Städten unseres Landes, wie Mannheim und Freiburg, auch Offenburg, und vor allen Dingen im Rheinlande (Köln, Mainz u. a.) möglich ist. Man kann allerdings füglich im Zweifel darüber sein, ob in der heutigen wirtschaftlich schweren Zeit die Pflege des Karnevals eine belangreiche Aufgabe sei; man wird aber diese Frage unbedingt bejahen müssen, wenn man sich die unerfreulichen Vorgänge während der Faschingszeit in den letzten Jahren vor Augen hält, und wenn man dabei nicht übersehen läßt, daß es auch zu den Aufgaben der beruflichen Verkehrsorganisationen gehört, den Fremden, die von nah und fern auch im Winter die Darbietungen einer Großstadt besuchen, Gedeignes zu bieten. Jede Jahreszeit hat in dieser Beziehung ihre eigenen Forderungen. Es ist daher zweifellos zu begrüßen, daß es den Bemühungen des Verkehrsvereins beschieden war, auch in Karlsruhe wieder eine Karnevalsgesellschaft ins Leben zu rufen, die höhere Aufgaben hat, als lediglich der Karneval zu dienen.

Für das wichtige Amt des Präsidenten fiel die Wahl einstimmig auf Herrn Direktor Hans Hum, der sie angenommen hat. Seinen Bemühungen ist es angangig gelungen, den Elter-Rat zusammenzustellen. Dabei war vor allen Dingen auch der Gesichtspunkt maßgebend, möglichst alle Gesellschaftsschichten in ihm zusammenzufassen. Die Herren, die sich für dieses Amt in liebenswürdiger Weise zur Verfügung gestellt haben, sind: Theodor Ditzler, Kaufmann, Karl Holzschuh, Kaufmann, H. van Kaid, Obergenieur, Franz Karer, Kausler, Friedrich Krauß, Kaufmann, Christian Lorenz, Direktor, Friedrich Mayer, Oberstadtmagister, Carl Oberle, Kaufmann, Rudolf Schmittbener, Kaufmann, Ernst Stolz, Chefredakteur. Der Große Rat, der nun noch aufzustellen wäre, soll so gebildet werden, daß an alle großen Vereine unserer Stadt die Einladung ergeht, ein prominentes Mitglied in den Großen Rat zu delegieren. Zu erwähnen wäre noch, daß die ehemaligen ersten Präsidenten der alten Großen Karnevalsgesellschaft der Neugründung als Ehrenpräsidenten angefahren, es sind dies die Herren Großkaufmann Julius Kaller und Schriftsteller Fritz Köhnhilb (Nomen). Das Parlament des neuen Karnevals wird in aller nächster Zeit zusammentreten und an die Karlsruher Bevölkerung die Aufforderung zum Beitritt zur neuen Großen Karnevalsgesellschaft ergehen lassen. Jetzt schon sei darauf hingewiesen, daß die Bedingungen für die Mitgliedschaft mit Rücksicht auf die heutigen Verhältnisse derartiger sein werden, daß alle Schichten der Bevölkerung der Gesellschaft beitreten können. Wie schon mitgeteilt, wird sich die Zahl der Beisitzungen in diesem ersten Jahr in kleinen Grenzen halten. Es finden zwei große Damen- und Fremdenfestungen (Sonntag, den 27. Januar, und Sonntag, den 10. Februar) sowie der große Bürgerball am Dienstag, den 12. Februar (Fasnachtsdienstag), statt. Zur Pflege der Tradition echten karnevalistischen Lebens sind freundschaftliche Beziehungen zu den beiden großen vorbildlichen Karnevalsgesellschaften der Nachbarstädte Mannheim und Mainz angestrebt.

Keine Mäsen in Karlsruhe. Vor einiger Zeit wurde gemeldet, daß hier Mäsenveranstaltungen in großem Umfang eingetretten seien. Glücklicherweise ist ein weiteres Umsichgreifen der Krankheit nicht zu bezweifeln. Die Krankheit darf als erloschen betrachtet werden.

Telephonanschluß auf Raten. Nachdem die Reichspost vor einiger Zeit ihren modernen Geschäftssinn dadurch gezeigt hat, daß sie die Anlage von Telephonanschlüssen auf Raten in Aussicht stellte, hat von dieser Einrichtung sofort ein außerordentlich großer Kreis von Personen Gebrauch gemacht. Wie in Großberlin haben schon zum 1. Januar 1929 etwa 5000 bis 6000 Personen den Anschluß einer Telephonanlage auf Raten beantragt. Auch im übrigen Reichspostgebiet sind annähernd 25 000 Bestellungen auf neue Fernsprechanlagen zu Ratenzahlungen eingegangen. Die Kosten des Anschlusses können in monatlichen Raten innerhalb eines Jahres gezahlt werden. Die Raten betragen durchschnittlich 8 bis 10 Reichsmark. Weiter haben die neuen Teilnehmer regelmäßig 8 Reichsmark Grundgebühr pro Monat und für jedes geführte Gespräch 10 Reichspfennig zu zahlen.

Angetrunk und ohne Führerschein. Ein schweres Verkehrsunglück, das sich am Donnerstagnachmittag (Ede Kriegs- und Kreuzstraße ereignete, wobei der Kontrolleur gering schwer verletzt wurde, wurde nach dem Polizeibericht dadurch verursacht, daß der Führer des Kraftwagens, ein 47jähriger Heilpraktikant, angetrunken war. Er benahm sich in seiner Vertrauensseligkeit auf der Polizeistation derart, daß er in den Notarrest gebracht werden mußte. Er war übrigens auch nicht im Besitz eines Führerscheins.

Weiternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Unser Gebiet gelangte gestern unter den Einfluß des Hochdruckens, der sich zwischen dem abziehenden und dem neu anrückenden Tief ausbildete. Die damit verbundene Auflockerung hielt aber nur kurze Zeit an. Bereits in der Nacht brachten die neuen westlichen Störungen abermals Niederschläge, die nur vorübergehend als Schnee, gegen die Frühstunden bereits allgemein als Regen fielen. Die Schneehemmhältnisse sind daher noch ungünstiger geworden. Die Tiefdruckgebiete gewinnen noch weiteren Einfluß. Damit hält die westliche Warmluftzufuhr an, und es stehen noch weitere Regenfälle bevor. Weiteransichten für Samstag: Fortdauernd milde bei westlichen Winden, trüb, weitere Regenfälle.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	28. Dez.	27. Dez.
Amsterdam 100 G.	168.61	168.95
Kopenhagen 100 Kr.	112.03	112.25
Italien . . . 100 L.	21.95	21.99
London . . . 1 Pf.	20.363	20.403
New York . . . 1 D.	4.1930	4.2010
Paris . . . 100 Fr.	16.42	16.42
Schweiz . . . 100 Fr.	80.95	81.12
Wien 100 Schilling	59.07	59.19
Prag . . . 100 Kr.	12.428	12.448

Zur Gründung der finnischen Aktiengesellschaft „Waldhof“ wird aus Helsingfors berichtet:

Die von der Zellstofffabrik Waldhof-Mannheim unter Beteiligung der englischen Bankfirma Gerbert, Bagg & Co. Ltd. ins Leben gerufene finnische Waldhof-Gruppe ist in Finnland auf mancherlei Widerstand gestoßen. Die finnische Presse fürchtete, daß die bei Kexholm am Ladoga-See geplante große Zellstofffabrik einerseits die Papierholzportale Finnlands zu stark angreifen würde — man rechnet mit einem Verbrauch von etwa 800 000 Kubikmeter im Jahr — und daß andererseits durch die Ausfuhr von Sulfizellulose nach Deutschland die deutsche Papierindustrie noch mehr in der Konkurrenz mit der finnischen gestärkt werde. Von der Waldhofschen Gruppe wurde erwidert, daß sie gegen 1/3 des Rohmaterials über die russische Grenze beziehen werde. Doch man hält hier in Finnland die russischen Lieferanten für höchst unzuverlässig.

Die Gründung der Zellstofffabrik bei Kexholm schien in Frage gestellt, da der Erwerb des dazu gehörigen Areals gegen ein Gesetz über den Besitz von Land durch Ausländer im Wiborger Lan (Regierungsbezirk) verstieß. Nun ist dieses Hindernis in rechtlich einwandfreier Form beseitigt, indem das Land für die Errichtung der Fabrik auf den Zeitraum von 99 Jahren gepachtet wurde. Ein im Mitsag eingehendes Gesetz über den Grundbesitz von Ausländern in Ostfinland, das die Gründung der Fabrik berechtigt hätte, kommt jetzt zu spät. Eine andere gegen die Ausländer gerichtete Bestimmung verlangt, daß die Mehrheit des Vorstandes einer Aktiengesellschaft des finnischen Staates aus finnischen Staatsangehörigen bestehe. Auch dieser Bestimmung ist genügt, indem 4 Finnländer (Procopé, Aminoff, Hedgren, Juslin) und 3 Deutsche (Günter Albrecht-Mannheim, O. Klemm, A. Deutsch) in den Vorstand gewählt worden sind.

Weitere Karwürfe, die gegen die neue Gesellschaft in der finnischen Presse gerichtet wurden, liefen darauf hinaus, daß sie schon etwa 7000 Hektar Wald durch Mittelsmänner in Finnland angekauft habe, was einem Gesetzbuch vom Jahre 1915 widerspreche. Dieses Gesetz richtete sich gegen die Holzverarbeitungsindustrie des Landes. Doch ist es kein Geheimnis, daß diese Industrie auch weiterhin Waldgrundstücke ankauft und bepflanzt.

Im allgemeinen hat sich die Presse Finnlands über die große deutsch-englische Gründung beruhigt, nachdem alle Hindernisse der Gründung überwunden sind. Die Gesellschaft wird mit einem Aktienkapital von 120 Millionen Finnmark begründet. Man muß hoffen, daß die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Finnland durch die Tätigkeit der Waldhof-A.G. noch enger miteinander verknüpft werden.

Rheinische Treuhand A.-G. Mannheim. Im Bericht des Vorstandes heißt es: Im Geschäftsjahr 1927/28 wurde die deutsche Wirtschaft durch Fortsetzung ihrer Nationalisierung in Anspruch genommen. Dazu kam eine wesentliche Verschärfung des Kampfes auf den Absatzmärkten im In- und insbesondere im Auslande gegen stärkere und von ihren Landesregierungen unterstützte ausländische Konkurrenz. Unter derartigen Umständen haben Treuhandgesellschaften, die wie wir eine ihrer Hauptaufgaben in wirtschaftlicher Beratung sehen, ihre Bedeutung zu erweisen. Das abgelaufene Geschäftsjahr brachte uns verstärkte Beschäftigung. Neben der wieder an Bedeutung gewinnenden Revisionsstätigkeit, der Steuerberatung und der Ausführung sonstiger Treuhandfunktionen wurden wir weiter in sehr erheblichem Maße zur Erhaltung wirtschaftlicher Gutachten, zu Reorganisationen und zur Mitwirkung bei Organisationsaufgaben herangezogen. Das Streben, in erster Linie der Rundschaft zu dienen, hat es allerdings unmöglich gemacht, die Einnahmen in gleichem Umfang zu steigern, wie die Beschäftigung anwuchs; denn einerseits mußten die Gebühren auf das außerordentlich Maß beschränkt bleiben, andererseits wird mit der Durchführung unserer Aufgaben nur sorgfältig ausgewähltes und gut geschultes Revisionspersonal bebraut. Die Bilanz weist in Übereinstimmung mit der Gewinn- und Verlustrechnung einen Reingewinn von 17 686,59 Reichsmark aus.

Die Handelskammer für den Kreis Offenburg hielt in Lahe ihre Vollversammlung ab. Dr. Trübler, der Syndikus der Kammer, referierte über „Die Abschreibungen vom Zeitwert“. Die Versammlung war einstimmig der Meinung, daß im gegenwärtigen Zeitpunkt eine Vermögenszuwachs- und Erbschaftsteuer unmöglich sei. Zur Frage der Strafrechtsreform wurde der Standpunkt vertreten, daß eine strafbare Verletzung des Briefgeheimnisses erst dann vorliegen solle, wenn man die dadurch erlangte Kenntnis verwertere.

Die Lage in der Uhrenindustrie. Bei der Generalversammlung der Gebrüder Junghans A.-G. in Schramberg, Uhrenfabrik, machte Direktor Erwin Junghans die wichtige Feststellung, daß die Uhrenindustrie endgültig besseren Zeiten entgegenzugesehen scheine. In den ersten sechs Monaten des Jahres seien die Fabriken der Gesellschaft voll beschäftigt gewesen, und der Umsatz habe sich erneut gesteigert.

Das neue Schauspiel für die Breisacher Freilichtspiele. Das Preisgericht, das im Februar d. J. von der Stadt Breisach zur Gewinnung von Heimatspielen zur Aufführung auf der Freilichtbühne des Breisacher Münsterplatzes gebildet wurde, hat folgende Entschlußung getroffen: Unter den 12 eingegangenen Arbeiten wird keiner der erste Preis in Höhe von 1200 Reichsmark zuerkannt. Dagegen werden zwei zweite Preise in Höhe von je 400 M den Stücken „Des Herzogs Page“ und „Die Darlungensage“ zuerkannt. Es werden ferner zwei weitere Werke „Derzog Bernhard von Weimar“ und „Die Rose von Breisach“ zum Ankauf empfohlen. Der Verfasser der „Darlungensage“ ist stud. Wilhelm Albrecht, Freiburg. Verfasser von „Des Herzogs Page“ Reallehrer Paul Th. Streicher, Ulm. Voraussetzlich wird diese letztgenannte Werk, das den Herzog von Bernhard von Weimar, den großen Feldherrn des 30jährigen Krieges und Gegenpieler des Kardinals Richelieu, in seinem Kampf um den deutschen Oberrhein und seinen tragischen Tod durch französisches Gift in den Vordergrund stellt, im kommenden Sommer zur Aufführung gelangen.

Deutscher Reichspostkalender 1929. Die Deutsche Reichspost, die wie kaum eine andere öffentliche Verwaltung durch ihre vielseitigen Verkehrsbeziehungen mit allen Schichten des Volkes in engster Fühlung steht, versucht, wie dies schon andere öffentliche Behörden getan haben, durch einen Kalender mit Abbildungen und Schrift die Bevölkerung mit den verschiedenen Aufgabengebieten der Post näher vertraut zu machen. Der Kalender, in Form eines Abreißkalenders, soll besonders die enge Verbundenheit der Reichspost mit Wirtschaft und Verkehr zum Ausdruck bringen. Er will durch die dargestellten Vorgänge aus Post- und Telegraphenbetrieben der breiteten Öffentlichkeit einen Einblick in das Wesen dieses großen Verkehrsgebiets gewähren, über Gebahren und Verordnungsbedingungen aufklären und den Postkunden zweckmäßigste, bequemste und wohlfeilste Ausnutzung der Verkehrsmittel vor Augen führen. Auf gute Bildaufnahmen und kurzen, bündigen Text ist besonderer Wert gelegt worden.

Stephanienstr. 94
Tel. 815, 816, 817
Gegr. 1848

WINSCHERMANN & H. Kohlengroßhandlung

Kurze Nachrichten aus Baden

Hb. Heiðelberg, 27. Dez. In der Nacht zum ersten Weihnachtstages entstand in der Heiliggeistkirche auf dem Marktplatz durch das Heiðkaufen eines im Vorjahr neu eingebauten Heizungsapparats ein Brand. Die Feuerwehr fand die Kirche voller Rauch und mußte einen Teil der Kirchenfenster an der Nord- und Südseite zerbrechen. Dann gelang es nach Aufreißen des Bodenbelags und des Heizungsapparats verhältnismäßig schnell, den Brand zu löschen. Für die Orgel war es höchste Zeit, denn das Feuer war bereits bis dicht an das wertvolle alte Werk herangedrungen. Der Brandschaden dürfte sich auf ungefähr 10 000 Reichsmark belaufen. Das Feuer betraf den westlichen Teil der großen Kirche, der den Evangelischen zum Gottesdienst eingeräumt ist, während der durch die Mauer abgetrennte östliche Teil den Katholiken zur Verfügung steht.

Hb. Heiðelberg, 27. Dez. Den seit längerer Zeit bei der Reichspost im Gange befindlichen Rationalisierungsmaßnahmen wird zum 1. Januar auch das hiesige Telegraphenbureau zum Opfer fallen. Der Vorsteher, Telegraphenbaurichter Weigelt, ist bereits nach Freiburg versetzt; von dem Personal wird der größte Teil dem Telegraphenbureau Mannheim überwiesen, dem auch fast der gesamte bisher vom hiesigen Bureau verwaltete Bezirk zugeteilt wird. In Heiðelberg wird nur eine kleine Bauabteilung, die für die Instandhaltung der wenigen Leitungen zu sorgen hat, zurückbleiben.

Hb. Leimen (bei Heiðelberg), 27. Dez. Das Zementwerk hat am 22. Dezember seinen Betrieb wegen Überproduktion vollkommen stilllegen müssen und die Arbeiter auf unbestimmte Zeit entlassen. In der letzten Zeit waren es hauptsächlich die Reparationslieferungen, die dem Betrieb Arbeit brachten. Man vermutet, daß die Arbeitsaufnahme erst in etwa acht Wochen wieder erfolgen kann.

Hb. Wallbörn, 26. Dez. Die Kosten für die Renovierung der hiesigen frühbarocken Wallfahrtskirche wurden auf 180 000 M. veranschlagt. Um die Feuchtigkeit von dem Gotteshaus fernzuhalten, muß nach dem Gutachten des badischen Konservators Sauer, Freiburg, eine Entwässerungsanlage geschaffen werden.

Hb. Wallbörn, 28. Dez. Forstrat Hambrecht, der hier ein großes Ansehen genoss, ist am letzten Donnerstag plötzlich gestorben.

Hb. Wertheim, 27. Dez. Im Alter von 71 Jahren starb in Berlin der Bruder des Fürsten Ernst zu Löwenstein-Wertheim-Freudenberg in Kreuzwertheim, Prinz Karl zu Löwenstein-Wertheim-Freudenberg. Er war ein Mann von hohem Wissen. Besondere Kenntnisse besaß er auf dem Gebiete der Barmherzigkeitswissenschaft und der Metallurgie.

Hb. Wertheim, 27. Dez. Bei der letzten Tage im Spejart veranstalteten Treibjagd im dortigen fürstlich Löwensteinischen Wildpark wurden 132 Wildschweine erlegt.

Hb. Waldlagenbach bei Mosbach, 28. Dez. Wegen Arbeitslosigkeit hat das Vafaltwerk Waldlagenbach sämtliche Arbeiter entlassen, die nun der Erwerbslosenfürsorge anheimfallen.

Hb. Bruchsal, 27. Dez. Auch den Inzassen der Landesstraftankstelle wurde das Christfest nahebracht durch musikalische Darbietungen und Vorträge. Am heiligen Abend verschönte der Musikzirkel Debatin die Gottesdienste der beiden Konfessionen und am ersten Feiertag wirkten Solisten im Männerzuchtstube und eine Sängerin in der Frauenstrafanstalt mit. Am zweiten Feiertag hielt ein Professor von Weimheim in beiden Anstalten Vorträge und im Männerzuchtstube sang in der Zentrale der Kirchendorf St. Peter. Was hier den Menschen hinter den düsteren Mauern des Zuchtstube zur weihnachtlichen Stimmung durch die Direktion vermittelt wurde, hat sicher dankbare Aufnahme gefunden. Nach der Geselligkeit der Direktion erhielten sämtliche Inzassen am heiligen Abend eine besondere Bewirtung.

Hb. Wühl, 28. Dez. Am zweiten Weihnachtstages früh wurden durch Beamte des Hauptzollamts Baden-Baden vier Geheimbrennerien in Oberwasser aufgehoben. Die Brennerapparate wurden beschlagnahmt. Es fanden mehrere Verhaftungen statt.

Hb. Konstanz, 28. Dez. Ab 1. Januar 1929 werden auf den Dampfern die Sonderarten für die Bodenseeanwohner aufgehoben. An Stelle dieser Karten werden Rückfahrkarten für den 1. und 2. Schiffsplatz zu ermäßigten Fahrpreisen ausgeben.

Hb. Freiburg i. Br., 27. Dez. In seiner Heimatgemeinde Stappel a. Rh. wurde am Sonntag Sparsassenleiter Ferdinand Köhler zum letzten Male bekränzt. Zu der Beerdigung hatte sich eine große Trauerversammlung eingefunden, u. a. Oberbürgermeister Dr. Bender, Freiburg, Präsident Dr. Gungelmeier, Mannheim, und die Domkapitulare Dr. Weber und Dr. Weiß, Freiburg.

Hb. Freiburg, 27. Dez. Die Errichtung von Straußwirtschaften im badischen Oberland hat eine für die Konsumrenten erfreuliche Wirkung gehabt. Die Weinpreise in den Gastwirtschaften sind durchschnittlich überall um 5-10 Pf. herabgesetzt worden. Während man bisher mit einem Mindestpreis von 40 Pf. pro Viertel liter rechnen mußte, kann man heute einheimische Weine für 80, teilweise sogar schon für 25 Pf. bekommen.

Handelsgelehrter (ohne Seerecht). Handkommentar von Justizrat Dr. Friedrich Goldschmidt, Rechtsanwalt in München, XII, 916 Seiten 80, München 1928. C. S. Beck. In Leinenband 18 M. — Dieser neue, vom Herausgeber des „Zentralblattes für Handelsrecht“ bei C. S. Beck in München sofort erschienene Handkommentar tritt an die Stelle der früheren Garais'schen Ausgabe des HGB. Der berufene Verfasser hatte sich zur Aufgabe gesetzt, eine kurzgefaßte, systematische Erläuterung jedes Paragraphen zu geben. Er ist dabei von der Voraussetzung ausgegangen, daß es für alle Benutzer zweckmäßiger ist, wenn die Darstellung zusammenhängend dargeboten wird und nicht durch Stichworte nur Einzelgebnisse getrennt werden. Berücksichtigt wurden das HGB, die handelsrechtlichen Nebengesetze, sowie die Steuererlasse. Außerdem ist zum ersten Male die neue Eisenbahnverkehrsordnung und das neue internationale Übereinkommen über den Eisenbahnverkehr, die beide am 1. Oktober in Kraft traten, im Rahmen der Erläuterung eingehend behandelt worden. Das Nützliche der Erläuterungen bildet die obergerichtliche Rechtsprechung, vornehmlich die des Reichsgerichts, die, was ganz besonders hervorzuheben sei, bis in das Jahr 1928 hinein berücksichtigt ist. Ein über 70 Seiten fasses, sehr sorgsam gearbeitetes Sachverzeichnis, erleichtert den Benutzern den Gebrauch dieses neuen Handkommentars. Das Buch hat ein handliches Format und ist zweckmäßig ausgestattet.

Badische Lichtspiele * Konzerthaus

Samstag, den 29. Dezember, Mittwoch, den 2. und Donnerstag, den 3. Januar, jeweils 20.15 Uhr — Samstag und Mittwoch auch 16 Uhr, Sonntag und Neujahrstag nur 16 Uhr, Montag, den 31. Dezember, keine Vorführung

Elisabeth Bergner
in ihrem Film

„Doña Juana“
Nach spanischen Motiven
MUSIKBEGLEITUNG 232

Jugendliche haben zu den Vorführungen Zutritt
Preise und Ermäßigungen wie üblich
Kartenvorverkauf: Musikhaus F. Müller, Kaiserstr.

Amtliche Gewinnliste der Arbeiter-Samariter-Lotterie

Die Gewinnziehung erfolgte am 18. Oktober 1928 öffentlich unter Aufsicht des Notariats 6 im Alten Rathausaal, Mannheim

Die Ausgabe der Gewinne beginnt am 22. Oktober 1928 in Mannheim, R 7, 9. Ausgabezeit 9-12 und 2-6 Uhr

1. Hauptgewinn: 1 Dreizimmer-Einrichtung 2700 RM. fiel auf Nr. 66 687
2. Hauptgewinn: 1 Wohnküche mit Schlafzimmer oder 1 schweres Motorrad nach Wahl 1800 RM. fiel auf Nr. 99 339
3. Hauptgewinn: 1 Mehr-Piano 1400 RM. fiel auf Nr. 56 260
4. Hauptgewinn: 1 Klein-Motorrad 850 RM. fiel auf Nr. 113 668
5. Hauptgewinn: 1 Klein-Motorrad 850 RM. fiel auf Nr. 105 005

Die Gewinnausgabe ist am 22. November 1928 beendet und müssen die Gewinnlose bis spätestens zu diesem Termin vorgelegt sein. Die Gewinner von Gutscheinen werden ersucht, ihre Wünsche betr. des Gegenstandes bei Einlösung des Gewinnloses anzugeben. Die Gewinner der Gewinne erfolgt auf Gefahr des Empfängers. Versand- und Verpackungsgeld werden per Nachnahme erhoben. Bei der großen Zahl der auszugeben Gewinne benötigen wir für die Zustellung derselben durch die Post ca. 14 Tage.

Für Zuführung der Trostgewinne sind 40 Pf. in Marken für Porto einzuzenden.

Gewinne im Werte von 6 bis 156 RM.

R.M.	Gutschein	R.M.	Gutschein	R.M.	Gutschein	R.M.	Gutschein	
11	Gutschein	31524	Photo-Apparat	50	59259	Gutschein	90606	Gutschein
174	"	31666	Gutschein	10	59571	Hausapotheke	90749	Wäschepaket
251	"	31710	"	8	59606	Wäschepaket	91386	Gutschein
1319	"	32441	Boden-Teppich	50	60216	"	91482	"
1849	"	32999	Gutschein	6	60330	Gutschein	91996	Rahmmaschine
1910	Fahrrad	33247	"	6	60512	Hausapotheke	92437	Wäschepaket
3900	Gutschein	35087	"	10	61066	P. Steppdecken	92886	"
3949	Wäschepaket	35405	"	6	62900	Gutschein	93241	Gutschein
4551	Gutschein	36349	Wäschepaket	20	63708	"	93710	Hausapotheke
4828	"	36418	Gutschein	6	63981	Olgemälde	93934	Wäschepaket
4844	P. Steppdecken	36579	"	40	65522	Gutschein	94805	Gutschein
5406	Wäschepaket	37247	"	8	66135	"	96590	"
6713	Gutschein	37287	"	8	66527	"	96931	"
7205	Olgemälde	37588	"	10	67155	"	98532	"
8171	Gutschein	37648	Fahrrad	130	67361	Wäschepaket	98853	"
8342	Wäschepaket	37755	P. Steppdecken	40	67464	Gutschein	99429	"
8509	Gutschein	38088	Fahrrad	130	68013	Olgemälde	99897	"
9005	Rahmmaschine	38347	Gutschein	6	68323	Gutschein	100087	Hausapotheke
10033	Wäschepaket	38502	Wäschepaket	20	69683	"	100873	Gutschein
10125	"	39874	Gutschein	6	69865	"	100882	"
10483	"	40437	Wäschepaket	20	70065	Wäschepaket	101142	"
10925	Photo-Apparat	40590	Gutschein	6	70696	"	101500	"
11828	Gutschein	40678	Linoleum-Teppich	40	71431	Gutschein	101911	"
11890	"	41063	Gutschein	8	72435	Linoleum-Teppich	104625	"
11917	"	42797	Fahrrad	130	73051	Wäschepaket	104661	"
12452	"	42836	Gutschein	6	73392	Wäschepaket	104673	Hausapotheke
13765	Boden-Teppich	42867	Wäschepaket	20	74488	P. Steppdecken	104947	Gutschein
14240	Linoleum-Teppich	43109	Gutschein	6	75472	Wäschepaket	105408	Wäschepaket
14245	Gutschein	43417	Bobenteppich	50	76009	"	106323	Gutschein
14891	"	45061	Wäschepaket	20	76300	Photo-Apparat	106368	"
15590	Fahrrad	45111	Gutschein	8	77450	Wäschepaket	107303	Wäschepaket
15962	Wäschepaket	47042	"	6	79715	Gutschein	108314	Hausapotheke
16422	Gutschein	47591	"	6	79745	"	108380	Linoleum-Teppich
18955	Wäschepaket	48120	"	8	79982	Hausapotheke	109527	Wäschepaket
19601	Gutschein	48413	Wäschepaket	20	80324	Gutschein	110719	Gutschein
19684	"	48552	Gutschein	6	80448	"	110863	"
20985	Wäschepaket	49177	"	6	80744	"	111270	"
21142	Gutschein	50311	"	6	81031	"	112284	"
21148	Photo-Apparat	50695	"	6	81145	"	113328	"
21303	Olgemälde	50732	"	8	81516	Wäschepaket	113447	"
22220	Gutschein	52124	"	6	81653	Gutschein	113531	"
22954	Wäschepaket	53234	Hausapotheke	25	81659	"	114119	Photo-Apparat
23001	Gutschein	53253	Wäschepaket	20	84241	Boden-Teppich	114156	Wäschepaket
23713	"	53700	Gutschein	8	85100	Gutschein	115733	Gutschein
23992	Wäschepaket	53810	"	6	85333	Gutschein	115952	Gutschein
24601	Gutschein	54243	"	8	86579	"	116326	Wäschepaket
25205	"	54361	"	6	86878	"	117884	Gutschein
25923	Wäschepaket	54394	"	10	86946	Wäschepaket	118453	"
26000	Gutschein	54736	Hausapotheke	25	86970	Gutschein	119387	"
27331	Wäschepaket	55583	Gutschein	6	88057	P. Steppdecken	119509	Rahmmaschine
29188	"	55676	Wäschepaket	20	89276	Gutschein	119638	Wäschepaket
29490	Rahmmaschine	56260	Gutschein	10	89399	Hausapotheke	119888	Gutschein
30512	P. Steppdecken	57084	Wäschepaket	20	89446	Gutschein	119937	"
30985	Gutschein	58605	"	20	89855	"		
31236	"	59039	"	20	89888	Wäschepaket		
		59043	Gutschein	10	90593	"		

Der zuletzt gezogene Hauptgewinn fiel auf die Nummer 99339. Da die letzten beiden Ziffern 39 waren, entfällt auf jedes 208, das mit 89 und 89 endet, ein Trostgewinn.

Als Ersatzlose wurden gezogen: 79341, 118143.

Folgende Lose sind in Verlust geraten: 108, 8901, 10500, 15450, 15801, 19604, 19615, 19618, 19756, 19787, 19788, 19789, 21134, 32380, 38301, 39428, 52614, 58279, 66187, 66191, 88466, 89438, 91358, 96019, 98266, 99242, 101119.

Die Übereinstimmung vorstehender Gewinnliste mit der Urliste der Ziehungsliste wird auf Grund der durch Stichproben vorgenommenen Vergleichung bescheinigt.

Mannheim, den 18. Oktober 1928.

4 Stehpulte

hell eichen, mit je 2 Arbeitsplätzen und Drehstühlen, in bestem Zustande, mit englischen Zügen und Rolladenverschluß zu verkaufen. Vorprache von 8-12 u. 2-6 Uhr

Kriegsstraße 35 (Geddeshof)

Schießen und Abrennen von Feuerwerkskörpern betr.

Im Hinblick auf die bevorstehende Neujahrnacht machen wir darauf aufmerksam, daß das Schießen und Abrennen von Feuerwerkskörpern gemäß §§ 307 Ziffer 8 und 368 Ziffer 7 N. Str. G. B. verboten ist und Zuwiderhandlungen an Geld bis zu 150 M. oder Haft bis zu 6 Wochen bzw. 14 Tagen bestraft werden. Beim Gebrauch scharfgeladener Waffen wird auf Haftstrafe erkannt werden. Außerdem haben Zuwiderhandlende neben Bestrafung unter Umständen für die ganze Neujahrnacht ihre Festnahme zu gewärtigen.

Karlsruhe, den 27. Dezember 1928. D. 3. 121
Bezirksamt — Polizeidirektion C. D. 277

Badisches Landesheater

Samstag, 29. Dezember
Nachmittags:
Kaiserin auf Weihnachtsurlaub
Aufziges Weihnachtstüch von Ulrich von der Trend
Regie: v. d. Trend
Mitwirkende:
Vertram, Ermann, Genter, Quaiser, Ziegler, Borkfeldt, Brand, Gemmede, Graf, Herz, Höder, Juch, Koeble, Meiner, Müller, Prüter, Schneider, Schulze

Anfang 15 Ende 17 1/2
I. Rang u. I. Speeritz 3 RM

Abends:
*E 12. Th.-Gem. 801-900 und 1201-1250

Spadoni Sisters
mit ihrer
Zirkus-Varieté-Revue!

Tägl. 8 Uhr, Sonn- und Festtage 4 und 8 Uhr Vorstellungen

Billier, Ziegler, Brand.

Druck G. Braun, Karlsruhe